

eine Region langfristig als kontraproduktiv herausstellen kann.

Die durch den „Bonny-Beschluß“ eingeführte kantonale Wirtschaftsförderung war für die Entfaltung regionaler Entwicklungspotentiale nur bedingt geeignet. In bezug auf kleinere und mittlere Unternehmungen, die mit einer Hemmschwelle belastet sind, spielen persönliche Fähigkeiten der Wirtschaftsförderer eine besondere Rolle. In dieser Hinsicht kann ein kontinuierlich aufgebautes Vertrauensverhältnis zwischen kleinen und mittleren Unternehmungen und den Wirtschaftsförderern äußerst hilfreich sein.

In den achtziger Jahren zeigten Evaluationsstudien (vgl. NFP „Regio“) die größten Innovationsengpässe beim hochqualifizierten Personal und in der Informationsbeschaffung auf, geringere dagegen im Bereich des Risikokapitals.

1992 wurden deutlich schwächere Mitnahmeeffekte (nur 15 Prozent der Unternehmungen) als Mitte der achtziger Jahre (mehr als der doppelte Anteil) ermittelt. In 60 Prozent der geförderten Projekte kam es vor allem zur Ausweitung betrieblicher Aktivitäten. Umorientierung der Betriebe und Diversifikation von Technologien, Produkten oder Märkten fanden hingegen nur in 15 Prozent der Fälle statt. Die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte zeichnete sich vor allem bei Neugründungen und Neuanstellungen Schweizer Unternehmen durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Führungskräften, Ingenieuren sowie unqualifizierten Arbeitskräften aus. Diese Unternehmen befanden sich in einer aufsteigenden Innovations- und Technologiephase. Hingegen wiesen ausländische Betriebsansiedlungen und ansässige Schweizer Unternehmen eine ungünstigere Qualifikationsstruktur aus, da sie sich in der Reifephase des Produkt-Lebenszyklus befanden.

Innovationsorientierte Regionalpolitik ist auch in der Schweiz noch relativ jung, so daß bis jetzt nur sehr wenige systematische Bewertungen erfolgt

sind. Außerdem erscheint das Förderinstrumentarium auch noch nicht genügend entwickelt, um aussagekräftige Untersuchungen abschließen zu können. Und letztlich ergeben sich erhebliche methodische Schwierigkeiten, Förderwirkungen auf regionaler Ebene zu isolieren.

Der Entwurf zur Erneuerung des „Bonny-Beschlusses“ verschiebt nun den Schwerpunkt von arbeitsplatzorientierter Zielsetzung zum Innovationsziel. Das bestehende Instrument landesweiter Informationsvermittlungsstellen soll hierfür zu einem viele partikuläre Einrichtungen integrierenden Netz regionaler Basisberatungsstellen und überregionaler Spezialberatungsstellen umgestellt werden, um interessierten Betrieben aus der gesamten Schweiz den Zugriff auf Unterstützungsleistungen zu ermöglichen (vgl. Brunner u. a. 1990).

Auch für Österreich stellt sich ein ähnliches Erfordernis in bezug auf die Beratungsstellen der Handelskammern sowie der Innovations-, Gründungs- und Technologietransferzentren unter gemischter Trägerschaft (Bund, Länder, Wirtschaftskammern, Gemeinden usw.).

Die Verfasser der Schweizer Studie behandeln schließlich auch die neuen Anforderungen an die Regionalpolitik. Dazu erstellen sie eine Synopse laufender Entwicklungen und Tendenzen:

- So geht etwa fortschreitende Internationalisierung Hand in Hand mit einem Trend zu verstärkter Regionalisierung der Wirtschaft.
- Eine zusätzliche Herausforderung für die Schweizer Regionalpolitik bildet der Prozeß der Europäischen Integration.
- Für eine genuine Querschnittsmaterie, was Regionalpolitik wesentlich ausmacht, ergeben sich noch dazu in einem Alpenland aus den ökologischen Krisenerscheinungen besondere Aufgabenstellungen.

Essentielle, aber in der Diskussion gar nicht so neue Maßnahmen zur Mil-